

Kritik an Abstimmungszeitung

Elternlobby reicht Beschwerde ein

wbt. · Die Elternlobby Zürich erhebt bei der Zürcher Regierung brieflich Beschwerde gegen zwei Stellen in der Abstimmungszeitung für den 17. Juni. Es werde suggeriert, dass die Schulwahl-Initiative eine staatliche Finanzierung aller Privatschulen anstrebe, und verschwiegen, dass in erster Linie die freie Wahl unter den Volksschulen gefordert werde. Verlangt wird eine Erklärung der Regierung. Der Brief ist am Montag bei der Regierung eingetroffen; bearbeitet wird er von der Bildungsdirektion. Abgesetzt werde die Abstimmung des Briefes wegen nicht, sagte Regierungssprecherin Susanne Sorg auf Anfrage. Geklärt werde jetzt, ob er als Einsprache oder lediglich als Zuschrift einzustufen und zu behandeln sei.